

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)**

Waldshut-Tiengen,  
23. Juli 2012

Beginn der Sitzung: 18.08 Uhr  
Ende der Sitzung: 21.48 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche  
Ev. Gemeindesaal Sitzung

Da zahlreiche Zuhörer erschienen sind, bietet Oberbürgermeister Albers diesen die Gelegenheit sich schon vor Einstieg in die Tagesordnung zu Wort zu melden:

Drei Bürger sprechen das Vorhaben des Landkreises an, das Gebäude der ehemaligen Pension Baumann zur Einrichtung einer Sammelunterkunft für Asylbewerber anzumieten, um dort 60 Asylbewerber unterzubringen. Landratsamt und Investor möchten am 2. August hierüber informieren. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der Informationstermin bis nach den Sommerferien verschoben wird, um auch den sich dann im Urlaub befindlichen Familien zu ermöglichen, teilzunehmen und ihre Einwendungen vorzutragen.

Die Bürger befürchten Probleme, wenn Asylbewerber im Wohngebiet untergebracht werden und halten vor allem für Familien die erwartete Situation für unzumutbar. Es wird auch die Frage gestellt, wer für die Wertminderung der benachbarten Häuser aufkomme und auch dafür, wenn es zu kriminellen Handlungen wie Mord kommen sollte.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass der Informationstermin wie geplant am 2. August stattfinden soll, er jedoch versuchen werde, beim Landratsamt zu erreichen, mehr Zeit für eine Entscheidung zu erhalten. Bis dahin sollen die Bedenken gesammelt werden.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, merkt an, dass schon in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses, wo die Bauvoranfrage behandelt wurde, bemängelt wurde, dass das Landratsamt nicht schon vorab mit seinen Plänen auf die Stadt zugekommen sei.

Bürgermeister Beck berichtet, dass der Bau- und Umweltausschuss den Beschluss gefasst habe, dem Gemeinderat zu empfehlen, sich mit dem Thema zu befassen.

### **81.**

#### **Beschaffung eines Mehrzwecktransporters mit Abrollsystem und Winterdienstaus-rüstung für den Baubetriebshof sowie eines Gerätewagen Transport mit Abrollsys-tem für die Feuerwehr:**

##### **Vergabe**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Nach weiterer kurzer Erörterung ergeht folgender

##### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag zu Los 1 (Fahrgestell) an die Firma Knoblauch sowie Los 2 (Abrollkippsystem) an die Firma Maytec zu vergeben. Die notwendigen Haushaltsmittel stehen auf Haushaltsstelle 2.7710.935000 zur Verfügung.

Die Ausschreibung zu Los 3 wird aufgehoben, da kein Angebot vorlag, das den technischen Vorgaben entspricht. Mit den Bietern wird über neue Angebote verhandelt.

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für Los 4 an die Firma MAN sowie Los 5 an die Firma Maytec zu vergeben. Auf Haushaltsstelle 2.1300.935000 stehen die entsprechenden Haushaltsmittel für die Beschaffung zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## 82.

### **Gesplittete Abwassergebühr – Neufestsetzung der Abwassergebühr: Satzungsbeschluss**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage teilt Uwe Kopf mit, dass der Rücklauf bei den Erhebungsbögen bei etwa 80 % gelegen sei. Änderungswünsche habe es bei 5 bis 10 % der Fälle gegeben. Diese seien direkt an das Ingenieurbüro Tillig weitergegeben worden.

Wie Oberbürgermeister Albers informiert, werde das weitere Vorgehen, die Versendung der Bescheide durch die Kämmerei sein.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, die Gebühren für die Abwasserbeseitigung nach Schmutzwasser und Regenwasser aufzuteilen und die Gebühr für Schmutzwasser auf 2,25 € je m<sup>2</sup> Schmutzwasser und für das Regenwasser auf 0,40 € je m<sup>2</sup> versiegelte und angeschlossene Fläche festzusetzen. Für die Schlambeseitigung wird die Gebühr auf 12,50 €/m<sup>2</sup> festgesetzt.

Der Gemeinderat beschließt die beigefügte Abwassersatzung mit Wirkung vom 01.01.2011.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## 83.

### **Erweiterung Tempo-30-Zone Mittlerer Berg**

Stadtrat Helmut Maier, stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, es bei der bisherigen Regelung zu belassen. Sie sehen keine Gefährdung mit der bisherigen Tempo-Regelung, das Parkverhalten entlang der Alpenblickstraße stelle eine größere Behinderung dar.

Stadtrat Gerhard Vollmer, äußert sich, dass die SPD-Fraktion nicht sehe, dass eine Erweiterung der Tempo-30-Zone einen Vorteil bringe. Er stellt die Frage, ob es vielmehr nicht sinnvoller wäre, die Ortstafel nach weiter südlich, vor die Einmündung Klingnauer Straße zu versetzen.

Peter Kienzler vom Straßenverkehrsamt rät davon ab. Eine Ortstafel solle dort sein, wo die erste Bebauung ersichtlich sei. Die Verwaltungsvorschrift nach der StVO gebe dies so wieder.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Erweiterung der Tempo-30-Zone auf dem Mittleren Berg bis zur Ortstafel an der Alpenblickstraße zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 1 Ja-Stimme  
mehrheitlich abgelehnt

**Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH:**

**a) Aktuelles aus den Stadtwerken**

Oberbürgermeister Albers begrüßt den Geschäftsführer der Stadtwerke GmbH Horst Schmidle. Horst Schmidle stellt mittels einer Präsentation Aktuelles aus den einzelnen Teilbereichen der Stadtwerke vor.

**b) Jahresabschluss 2011**

Horst Schmidle verweist auf den zugesandten Jahresbericht und gibt Erläuterungen hierzu.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, vermisst in den Unterlagen die Bilanz. Horst Schmidle sagt zu, diese nachzureichen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt den Empfehlungen des Aufsichtsrats der Stadtwerke Waldshut-Tiengen zum Jahresabschluss 2011 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

**c) Gründung eines Regionalwerkes**

Horst Schmidle informiert über die geplante Gründung des Regionalwerks Hochrhein GmbH u. Co. KG, an dem die Stadtwerke GmbH beteiligt sein werden.

Es sei vorgesehen, dass das Regionalwerk die Netzfürung für die Stromversorgung der Gemeinden Lauchringen und Wutöschingen zum 01.01.2013 übernehme.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, äußert sich skeptisch bezüglich des geringen Beteiligungsanteils der Stadtwerke von 10 %.

Horst Schmidle erläutert hierzu, dass es immer so sei, dass die Gemeinden mit über 50 % beteiligt seien, damit diese über ihr Netz bestimmen können. Badenova möchte eine Sperrminorität. Für die Stadtwerke sei es wichtig, die Netzfürung zu machen. Das Personal könne damit besser und effektiver ausgelastet werden, was eine Stärkung bedeute.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Empfehlungsbeschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH über eine Beteiligung der Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH an der Regionalwerk Hochrhein GmbH u. Co. KG mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 10.000 Euro und Beteiligung an der Komplementärgesellschaft mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 5.000 Euro sowie allen Gesellschaftsverträgen zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

## **Ansiedlung eines Elektrofachmarktes – Änderung Bebauungsplan „Kaitle – Oberes Galgenhölzle – Obere Schlüchtwiesen“, Tiengen:**

### **Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung im westlichen Teilbereich**

Der Architekt und Stadtplaner Karlheinz Allgayer stellt mittels einer Präsentation die Planung vor, welche in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt erarbeitet wurde.

Herr Ulrich Sauter-Weinmann vom SW Büro für Straßenplanung erläutert, ebenfalls mittels Präsentation, die Verkehrsplanung für den Einmündungsbereich Waldshuter Straße – Industriestraße. Es werden diverse ausgearbeitete Varianten vorgestellt, darunter Kreisverkehrlösungen mit Durchmessern von 26 m, 30 m und 36 m. Die Mini-variante mit 26 m Durchmesser würde vom Regierungspräsidium aus Gründen der mangelnden Leistungsfähigkeit nicht akzeptiert. Die beiden größeren Kreisverkehrvarianten wären sehr kostenintensiv. Der Damm müsste aufgeschüttet oder mit Stützmauern befestigt werden, Telekommunikationskabel in der Straße müssten umverlegt werden. Der größte Kreisverkehr, welcher mit 36 m Durchmessern am Besten geeignet wäre, wegen der Schleppkurven den Schwerverkehr aufzunehmen, würde auch eine Verlegung des Ziegelmattenweges erfordern.

Die von den Planern favorisierte Variante sieht für die Verkehrsregelung eine Lichtsignalanlage vor. Die Waldshuter Straße würde keiner baulichen Veränderung unterzogen, die Industriestraße in 4 Fahrbahnen aufgeteilt. Zur Einfahrt auf das Parkplatzgelände soll favorisiert die Einfahrt direkt am E-Center dienen. An dieser Stelle soll künftig nur noch eine Einfahrt möglich sein. Zur Ausfahrt kann dann nur noch die in Richtung Waldshuter Straße liegende Ausfahrt genutzt werden, diese jedoch auch zur Einfahrt. Es könnte auch über einen Einbahnverkehr auf dem Parkplatzgelände nachgedacht werden.

Herr Weber vom Büro Kölz berichtet über die Ergebnisse seiner Verkehrsanalyse. Wichtig und berücksichtigt sei eine Entflechtung von Kundenverkehr, Mitarbeiterverkehr und Anlieferverkehr. Überlaufmöglichkeiten, z. B. in der Weihnachtszeit, sollen vorhanden sein. Ein Vergleich der Zahlen von 2006 und 2012 habe ergeben, dass Autofahrer zunehmend über die Carl-Zeiss-Straße ausweichen. Aufgrund der strukturellen Veränderung werde eine Zunahme des Verkehrs im Bereich der Zufahrt zum Kundenparkplatz um 42% erwartet.

Herr Thomas vom Büro Thomas, spezialisiert auf Signaltechnik, lässt eine Computersimulation einer Lichtsignalanlage an dieser Kreuzung ablaufen. Die Nebenrichtungen sollen nur auf Anforderung per Detektor grün bekommen. Die Umlaufzeit beträgt 60 Sekunden, d.h. innerhalb von 60 Sekunden bekommt jede Fahrtrichtung einmal grün. Die Leistungsreserve soll mindestens 40% betragen. Die Simulation zeige, dass der Verkehr staufrei ablaufe.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie Wähler-Fraktion, erkundigt sich, ob der Kreisverkehr, welcher auf den vorgestellten Planungsfolien jeweils mittig in der Straßenkreuzung platziert ist und deshalb in die südöstlich gelegene Böschung hineinragt, nicht etwas in westliche Richtung verschoben werden könnte.

Herr Sauter-Weinmann entgegnet, dass mit der mittigen Lage die Durchschuss-Gefahr vermieden werden solle.

Stadtrat Günter Heinrich entgegnet, dass dies bei der Mowag-Kreuzung trotz verschobener Lage auch funktionieren würde.

Auf die Feststellung, dass der Abstand von der Straßeneinmündung zur ersten Ein- und Ausfahrt relativ kurz ist und die Überlegung die Einfahrt zu verlegen, wendet Herr Dr. Rolf Winterhalter ein, dass der Parkplatz baulich durchorganisiert sei mit 1 m breiten und 4 m tiefen Versickerungstreifen sowie mit Stromleitungen.

Stadträtin Sylvia Döbele regt an, im Zusammenhang mit dieser Maßnahme an den Radwegen eine farbige Markierung anzubringen.

Stadtrat Markus Ebi, CDU-Fraktion, fragt, warum man die Fassadenkante des Deichmann-Gebäudes nicht weiterführen möchte, sondern das geplante Gartencenter mit einem Vorsprung von 2 m in südlicher Richtung plane. Man könnte die Leistungsfähigkeit des daran entlang führenden Fahrstreifens erhöhen.

Herr Winterhalter erläutert, dass der geplante Fahrstreifen so breit sei, dass zwei Autos problemlos aneinander vorbeikämen. Er solle jedoch nicht zu breit sein, da dies sonst die Autofahrer verleiten könnte, ihn als Abkürzung in den unteren Teil der Carl-Zeiss-Straße zu benutzen.

Auf die Frage von Stadtrat Günter Heinrich nach der Anzahl der Parkplätze vorher und nachher antwortet Herr Winterhalter, dass heute 351 Parkplätze vorhanden seien, erforderlich gemäß geändertem Bebauungsplan wären 443 Stellplätze. Entstehen würden ebenerdig 500 Stellplätze, im abgesenkten, an der Autobahnauffahrt gelegenen Bereich weitere 175 Stellplätze.

Stadtrat Wolfgang Hörr, SPD-Fraktion, erkundigt sich nach einer Kostenberechnung.

Herr Sauter-Weinmann erklärt, dass dies im Stadium der Entwurfsplanung noch nicht gemacht werde.

Bürgermeister Beck meint hierzu, dass vor einigen Jahren in einem Vorentwurf eines großen Kreisverkehrs an der gleichen Stelle durch das Büro Ernst Kaiser die Erd- und Straßenbauarbeiten auf 600.000 € geschätzt worden seien.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Dieter Zauft bezüglich der Kostentragung erläutert Bürgermeister Beck, dass es einen städtebaulichen Vertrag über die Kostentragung geben werde. Wie Oberbürgermeister Albers hinzufügt, gebe es eine klare Positionierung der Stadt, dass Winterhalter die Kosten tragen solle.

Stadtrat Markus Ebi erkundigt sich nach einer möglichen Koordinierung dieser Signalanlage mit jener bei der Kreuzung Hebelstraße/Porschestraße.

Herr Thomas erklärt, dass dies aufgrund des zu großen Abstandes nicht sinnvoll sei. Die Signalanlage werde ein „Freiläufer“ sein

Stadtrat Gerd Jacobshagen, CDU-Fraktion, fragt nach der Möglichkeit eines zweiten „Schlupfloches“ als zusätzliche Ausfahrt wie bei Aldi. Er sehe in der einzigen vorhandenen Ausfahrt im 90°-Winkel eine Engstelle.

Herr Winterhalter meint dazu, dass eine solche zusätzliche Ausfahrt einer ihrer ersten Wünsche gewesen sei, dies jedoch innerhalb eines Abstandes von 100 m zu einer Autobahn-Ein- oder Ausfahrt nicht erlaubt sei.

Oberbürgermeister Albers weist darauf hin, dass es sich hier nur um den Beschluss zur Offenlegung handele. Der Satzungsbeschluss sei vorgesehen für die Sitzung am 22. Oktober.

Oberbürgermeister Albers stellt fest, dass einige Gemeinderäte zu Bedenken geben, dass ein Kreisverkehr auch möglich wäre, eventuell in einer nicht mittig platzierten Version und dies nicht ausreichend geprüft worden sei. Er formuliert deshalb auf Wunsch von Stadtrat Würtenberger den nachfolgenden Beschlussantrag:

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Einmündung Waldshuter Straße – Industriestraße eingehend zu überprüfen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 2 Ja-Stimmen  
mehrheitlich abgelehnt

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes „Kaitle – Oberes Galgenhölzle – Obere Schlüchtwiesen“, Stadtteil Tiengen auf den Grundstücken Flst.Nrn. 1254, 1255, 1353, 1355 und 1357 nach §13 a BauGB.

Der zeichnerische Teil der Bebauungsplanänderung, die Satzung und die Begründung sind Bestandteile des Beschlusses. Im Änderungsbereich sollen Sondergebiete für drei großflächige Einzelhandelsbetriebe festgesetzt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei 1 Nein-Stimme  
und 1 Nichtteilnahme  
mehrheitlich zugestimmt

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

## **86.**

### **Änderung Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Dorhalde“, Waldshut, im Teilbereich der Grundstücke Flst.Nrn. 577, 581/1(Teil) und 580/2 (zusätzliche Wohnbauflächen):**

#### **Erneuter Auslegungsbeschluss**

Bürgermeister Beck berichtet vom Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

### **Beschluss:**

1. Die eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß Beschlussantrag in der beigefügten Sitzungsvorlage behandelt.
2. Der Gemeinderat fasst den erneuten Auslegungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes „Dorfhalde“ im Teilbereich der Grundstücke Flst.Nrn. 577, 581/2, 581/1(Teil) und 580/2. Der zeichnerische Teil der Bebauungsplanänderung, die Bebauungsvorschriften und örtlichen Bauvorschriften und die Begründung (jeweils Entwurf) sind Bestandteile des Beschlusses. Die erneute Auslegung wird nach § 4 a BauGB dahingehend beschränkt, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Gerd Jacobshagen hatte wegen Befangenheit den Raum verlassen und somit an Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

## **87.**

### **Bauvoranfrage Möbelmarkt KG zur Nutzungsänderung des alten Obi-Areals in einen Möbelmarkt, Grundstück Flst.Nr. 839/9, Von-Opel-Straße 2, Gurtweil**

Herr Albiez, Mitgeschäftsführer der Möbelmarkt KG stellt die Planung vor. Vorgesehen sei ein Sortiment vorwiegend aus den Bereichen Wohnen, Speisen und Schlafen. Küchen, Garderoben und Büromöbel sollen hier nicht verkauft werden.

Stadträtin Sylvia Döbele fragt, ob auch ein Lager vorhanden sei oder ob so verfahren werde, wie in der Möbelarena, wo der Kunde zum Abholen der Möbel nach Dogern fahren müsse.

Herr Albiez antwortet hierauf, dass es in Waldshut-Tiengen tatsächlich Lagerengpässe gebe. Auch für diesen Möbelmarkt befände sich das Lager in Dogern, jedoch handele es sich nicht um Abholartikel. Das Haus sei auf Servicegedanke mit Lieferung gedacht.

Oberbürgermeister Albers stellt auf Nachfrage fest, dass von den anwesenden Zuhörern keine Wortmeldungen kommen.

Oberbürgermeister Albers formuliert den nachfolgenden Beschlussantrag:

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, für das Bauvorhaben der Möbelmarkt KG zur Nutzungsänderung des alten Obi-Areals in einen Möbelmarkt auf Grundstück Flst.Nr. 839/9, von Opel-Straße 2, Gurtweil eine Ausnahme von den Festsetzungen des Bebauungsplanes gemäß § 31 Abs. 1 BauGB zuzulassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 2 Nein-Stimmen  
mehrheitlich beschlossen

**88.**

**Bauvoranfrage Grundstücksgesellschaft Porschestraße zum Anbau eines Baustoffhandels an den bestehenden Obi-Markt, Grundstück Flst.Nr. 1769, Lise-Meitner-Ring 8, Gurtweil**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Herr Schelle von der Grundstücksgesellschaft Porschestraße stellt das Vorhaben vor. Ob aus dem geplanten Baustoffhandel tatsächlich ein Drive-in-Markt werde, sei noch nicht endgültig entschieden. Für Isolationsmaterial beispielsweise sei bisher immer zu wenig Lagerfläche vorhanden gewesen, deshalb nun der geplante Baustoffhandel.

Stadtrat Harald Würtenberger erkundigt sich, ob es dem Kunden möglich sein werde, mit dem Einkaufswagen vom Obi in den Baustoffhandel und wieder zurück zu gehen. Herr Schelle bejaht dies. Es werde möglich sein, die Ware an der Kasse im Obi oder auch im Baustoffhandel zu bezahlen.

Einige Stadträte äußern sich dem Vorhaben gegenüber skeptisch und sehen darin eine unzulässige Erweiterung der Verkaufsfläche. Es sei zwar eine räumliche, aber doch keine klare Trennung und es könne aus dem Obi-Gebäude Ware ausgelagert werden, womit Platz für Neues entstehe.

Auf die Frage von Stadtrat Dieter Zauft nach dem Service antwortet Herr Schelle, dass dieser mit Gabelstapler, Hebebühnen und Personal geboten sein werde.

Oberbürgermeister Albers formuliert den nachfolgenden Beschlussantrag:

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem geplanten Bauvorhaben der Grundstücksgesellschaft Porschestraße zum Anbau eines Baustoffhandels an den bestehenden Obi-Markt, Grundstück Flst.Nr. 1769, Lise-Meitner-Ring 8, Gurtweil grundsätzlich zu und beauftragt die Verwaltung, ein entsprechendes Bebauungsplanänderungsverfahren in die Wege zu leiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 4 Nein-Stimmen  
mehrheitlich beschlossen

## 89.

### **Flughafen Zürich: Stellungnahme zum Staatsvertrag**

Oberbürgermeister Albers erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Gerhard Vollmer äußert sich, dass er mit der Stellungnahme grundsätzlich einverstanden sei, jedoch für den gekröpften Nordanflug den Abstand zur Grenze gern genauer definiert hätte, als Angabe in nautischen Meilen.

Oberbürgermeister Albers meint hierzu, dass man zum Ausdruck bringen sollte, generell gegen den gekröpften Nordanflug zu sein.

Stadtrat Gerd Jacobshagen befürwortet die Stellungnahme. Ergänzend spricht er sich dafür aus, dass die Zahl der Flugbewegungen im Vertrag festgelegt werden solle.

Oberbürgermeister Albers beabsichtigt, die Stuttgarter-Erklärung in den Brief miteinzubringen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die, dem Protokoll als Anlage beigefügte Stellungnahme.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## 90.

### **Bericht aus dem Haushaltsbegleitausschuss**

Oberbürgermeister Albers berichtet, dass es noch kein Signal gebe, wie sich das Land beim Finanzausgleich verhalten werde.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion stellt das Erfordernis des Spielplatzes Robert-Gerwig-Straße in Frage.

Oberbürgermeister Albers antwortet hierauf, dass es zuvor ohnehin eine Bedarfsprüfung geben werde, da jetzt mehr Kindergärten vorhanden seien.

Oberbürgermeister Albers erwähnt, dass Platz- bzw. Raumbedarf für Kinderkrippen bestehe. Die in einzelnen Schulen durch den Wegfall der Hauptschule frei gewordenen Räume würden für die verlässliche Grundschule benötigt.

## 91.

### **Spenden**

Es liegen keine Spenden vor

## 92.

### **Bekanntgaben**

### **Eilentscheidungen**

Oberbürgermeister Albers gibt die drei nachfolgenden Eilentscheidungen bekannt:

1. Freihändige Auftragsvergabe für Heizungsarbeiten im Rahmen der Erneuerung der Heizungsverteilung des Hochrhein-Gymnasiums gemäß beigefügtem Vermerk. Die Vorgehensweise sei vom Rechnungsprüfungsamt befürwortet worden.
2. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 25.000,00 € für eine Fahrradüberdachung am Bahnhof Tiengen zur Erweiterung der Fahrradabstellanlage von bisher 12 um 32 weitere überdachte Stellplätze.
3. Auftragsvergabe von Tiefbauarbeiten für die Befestigung des Feuerwehrübungsplatzes in Gurtweil und Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln hierfür in Höhe von 20.000,00 €

## 93.

### Verschiedenes

#### Öffentliche Toilette am Bahnhof Tiengen

Stadträtin Sylvia Döbele regt an, am Bahnhof Tiengen eine öffentliche Toilette einzurichten. Oberbürgermeister Albers erläutert hierzu, dass sich nach einer Schätzung von Hochbauamtsleiter Martin Gruner die Kosten für die Herstellung einer Toilette auf etwa 100.000 € belaufen würden. OB Albers gibt an den Gemeinderat weiter, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Stadtrat Gerd Jacobshagen regt an, die „gebührenpflichtige Toilette“ in die Überlegungen miteinzubeziehen. Er selbst habe andernorts positive Erfahrungen hiermit gemacht.

#### Genehmigungsfähige Bauvoranfrage für 3 Mehrfamilienwohnhäuser in der Schmittenau

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, nimmt Bezug auf die, der Tagesordnung für die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beigefügte Liste mit den Informationen zu vorliegenden genehmigungsfähigen Bauvorhaben. Darunter ist auch eine Bauvoranfrage zum Neubau von 3 Mehrfamilienhäusern auf Grundstück Flst.Nr. 326 in der Badener Straße. Er frage sich, wie ein so großes Projekt genehmigungsfrei durchgehe und sei der Ansicht, dass dies zumindest im Bau- und Umweltausschuss besprochen werden sollte.

Oberbürgermeister Albers bittet die Gemeinderäte, künftig schneller auf die ihnen zugesandten Unterlagen zu reagieren, damit er mit dem zuständigen Sachbearbeiter Rücksprache halten könne. Bürgermeister Beck erklärt, dass er das Thema von sich aus aufgegriffen hätte, wenn er darin ein Problem gesehen hätte. Dies sei nicht der Fall gewesen.

## 94.

### Fragestunde

#### Verkehrsbewegungen Innenstadt Tiengen

Altstadtrat Kurt Reckermann nimmt Bezug auf das zum unter Pr.-Nr. 85 aufgeführten Tagesordnungspunkt vorgestellte Verkehrsgutachten, wonach in einem Vergleich zwischen 2006 und 2012 die gezählten Verkehrsbewegungen an der Einmündung Industriestraße um 20 bis 25 % zurückgegangen seien. Ihm gebe zu Bedenken, wie sich das auf die Innenstädte auswirke.

Oberbürgermeister Albers äußert sich, das es zu diesem Thema bekannterweise zwei Meinungen gebe.

### **Einwendungen zum Tagesordnungspunkt: Bebauungsplanänderung „Dorfhalde“**

Eine Bewohnerin aus der Dorfhalde, trägt vor, dass sie zwar mit Frau Szymkiewicz im Gespräch gewesen sei, für sie und weitere drei Parteien, für die sie ebenfalls spreche, jedoch vier Fragen unbeantwortet geblieben seien. Es gehe dabei um die Frage nach der von ihnen angesprochenen Grünfläche, die als Korridor zum Wald hin eine Schneise für Tiere biete. Eine weitere Frage sei, warum zwei Bauvoranfragen wieder zurückgezogen worden seien. Im Übrigen sei das Gelände Rutschgebiet, extrem schmal und steil. Wie könne da sichergestellt werden, dass an den bestehenden Gebäuden keine Schäden entstünden? Es gebe außerdem in der Dorfhalde sehr viele mit älteren allein stehenden Personen bewohnte Häuser, die in absehbarer Zeit leer stünden, sodass sie kein Bedarf an Neubauten sehe.

Bürgermeister Beck erklärt, dass es einen Ortstermin gegeben habe, von dem auch Gebrauch gemacht worden sei. Man habe sich mit dem Bebauungsplan und der damit einhergehenden geringfügigen Verdichtung sehr befasst. Die Information sei umfassend gewesen und auch die Stellungnahmen, jedoch könne man nicht auf jede einzelne Frage eingehen. Manchmal ändere sich auch die fachliche Bewertung im Laufe der Jahre, was dann eine Bebauungsplanänderung rechtfertige. Herr Beck erläutert, dass im Rahmen der Offenlegung nochmals die Möglichkeit bestünde, Einwendungen vorzubringen.

Oberbürgermeister Albers wendet zur Frage des Bedarfs ein, dass für Waldshut-Tiengen sowie auch für die Umlandgemeinden zurzeit eine starke Nachfrage an Baugrundstücken bestehe und einiges dafür spreche, dass man mit dem jetzigen Bestand der Nachfrage nicht gerecht werde.

### **Bauvoranfrage zur Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft im Gebäude der früheren Pension Baumann, Detzelner Straße 16, Tiengen**

Der Sohn des verstorbenen Gastwirts, meldet sich zu Wort. Sie seien überrascht gewesen, als der Erwerber die Bauvoranfrage zur Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber gestellt habe, nachdem er das Objekt gekauft hatte. Er habe beim Kauf nicht erwähnt, was er vor habe. Vor allem seine Mutter könne mit dem Druck, den die Angelegenheit mit sich bringe, nicht gut umgehen. Er bitte deshalb um eine baldige Entscheidung, damit das Thema schnell vom Tisch komme.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass die Rechtslage nicht so einfach sei. Er selbst müsse sich erst mittels des Fachamtes kundig machen. Er verstehe die Emotionen. Bezüglich des Informationstermins des Landratsamts und des Investors am 2. August stecke er in der Klemme, da er gebeten worden sei, zu versuchen, wegen der Schulferien eine Verschiebung des Termins zu erreichen.

Der Sohn entgegnet, dass in der Nachbarschaft viele Rentner wohnen und die Schulferien seiner Ansicht nach keine so große Rolle spielen.